

Beschluss des Landrats vom 19.05.2022

Nr. 1512

5. Energieplanungsbericht 2022

2022/41; Protokoll: ps, ble, mf

Kommissionspräsident **Thomas Noack** (SP) erklärt, der Energiebericht sei in der Umweltschutz- und Energiekommission (UEK) ein umstrittenes Geschäft gewesen und habe zu einigen Diskussionen geführt. § 3 des kantonalen Energiegesetzes verpflichtet den Regierungsrat, eine Energieplanung zu erstellen. Insbesondere muss der Regierungsrat dem Landrat periodisch über die Wirksamkeit der Massnahmen Bericht erstatten. Mit dem vorliegenden Bericht kommt der Regierungsrat diesen beiden Pflichten nach. Im ersten Kapitel wird unter dem Titel «Ausgangslage» zunächst das energie- und klimapolitische Umfeld dargelegt und die Anstrengungen des Kantons Basel-Landschaft in dieses Umfeld eingeordnet. Die Schweiz deckt ihren Energiebedarf immer noch zu mehr als 70 % aus fossilen Energieträgern wie Erdöl und Erdgas sowie mit Uran ab. Alleine für fossile Energieträger sind in den letzten Jahren CHF 80 Mrd. ins Ausland abgeflossen. In der aktuellen Lage wird klar, wie problematisch diese Abhängigkeit ist. Das Energiegesetz des Bundes sieht drei Handlungsstränge vor: Die Senkung des Energieverbrauchs, die Erhöhung der Energieeffizienz und die Förderung der erneuerbaren Energien. Der Bundesrat hat entsprechende Zielwerte festgesetzt, zum Beispiel den Zielwert von 17 Terawatt bis 2035 für die erneuerbare Stromproduktion. Selbstverständlich spielt auch die Umsetzung der Klimastrategie eine wichtige Rolle. Dort sind die Zielsetzungen für die Reduktion des CO₂-Ausstosses einzuhalten. Dazu braucht es weitgehend die gleichen Massnahmen, die bereits im Energiegesetz vorgesehen sind. In Kapitel 2 unter dem Titel «Lagebeurteilung» geht der Bericht detailliert auf die Zielerreichung in Bezug auf die Vorgaben des eidgenössischen und des kantonalen Energiegesetzes ein. Er nimmt eine Beurteilung vor in Bezug auf die Versorgungssicherheit und kommt zum Schluss, dass der Kanton im Rahmen seiner Zuständigkeit insbesondere das Potenzial der lokal verfügbaren erneuerbaren Energien besser nutzen muss. Dies gilt vor allem für die Photovoltaik und im Winter für Wasser- und Windkraft. Der Bericht beurteilt auch den Handlungsbedarf. Das Energiesystem des Kantons Basel-Landschaft muss bis 2050 grundlegend umgebaut werden, um zunächst einmal die Treibhausgasemissionen zu reduzieren, aber vor allem auch, um die Versorgungssicherheit zu erhalten und das Risiko von Versorgungsengpässen zu minimieren. Die Handlungsfelder sind analog zu denen des Bundes: Energie sparen, Effizienz verbessern und fossile Energieträger in allen Verbrauchssektoren soweit wie möglich durch erneuerbare Energie oder Abwärme zu ersetzen. Als Fazit der Analyse schlägt der Bericht 19 konkrete Massnahmen vor. Einige kann der Regierungsrat in eigener Kompetenz im Rahmen von Verordnungsanpassungen umsetzen, andere hat er nun mit der Anpassung des Energiegesetzes und des Energiedekrets in die Vernehmlassung geschickt. Dazu gibt der Bericht einen Ausblick auf weitere Handlungsfelder wie die Nutzung von Wasserstoff oder die Problematik der Energiespeicherung.

Wie nicht anders zu erwarten, wurde der Bericht in der Kommission kontrovers diskutiert. Eintreten war unbestritten. Während eine Mehrheit der Kommission den Energieplanungsbericht begrüsst, übte eine Minderheit heftige Kritik am Bericht. Es handle sich um einen Klimabericht und nicht um einen Energiebericht. Der entsprechende Rückweisungsantrag wurde mit 9:3 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

In der Kommission wurden diverse Fragen vertieft diskutiert. Beim Heizungsersatz durch Systeme, die erneuerbare Energien nutzen, wurde diskutiert, ob bei gebündelten Massnahmen höhere Subventionen vorgesehen werden könnten. Dies beispielsweise dann, wenn ein Hauseigentümer gleichzeitig seine Heizung ersetzt und die Wärmedämmung des Hauses verbessert. Die Verwaltung hat das Anliegen positiv aufgenommen. Auch der Nutzen der Geothermie wurde diskutiert,

vor allem die so genannte tiefe Geothermie habe grosses Potenzial, weil sie immer als Bandenergie verfügbar ist. Sie birgt leider auch Risiken, weil bei der Einrichtung Erdbeben ausgelöst werden können. Im Moment fehle leider der politische Rückhalt, um diese Projekte wiederaufzunehmen. Aber angesichts des Potenzials würde es sich lohnen.

Bei der Nutzung der Photovoltaik wurde vor allem die Problematik der Speicherung und des Winterstroms diskutiert. Der Regierungsrat erklärte, dass die Speicherthematik nicht in erster Linie im Kanton gelöst werden könne, aber man sei bereit, Vorstösse entgegenzunehmen. In dem Zusammenhang wurde auch die Angst geäussert, dass eine zunehmende dezentrale Produktion von Solarstrom zu Instabilitäten im Netz führen und eine Strommangellage entstehen könne. Es brauche viel mehr Bandenergie, um diese Risiken zu minimieren. Eine Lösung seien Gaskraftwerke und Kernenergie, und davon stehe viel zu wenig im Bericht. Der Regierungsrat stellte jedoch klar, dass die Entsorgung der radioaktiven Abfälle immer noch nicht gelöst sei, zudem seien die Energieversorger selber nicht bereit, neue Kernkraftwerke zu bauen, dies wegen der hohen Risiken und Kosten. Andere Kommissionsmitglieder betonten nochmals, dass mit dem Ausbau der Photovoltaik auch die Abhängigkeit vom Ausland reduziert werden könne.

Der Ausbau der Wärmeverbände war weitgehend unbestritten. Dort gilt es vor allem, das Potenzial von Abwärme zu nutzen. Dazu sind Wärmeverbände notwendig.

Zu reden gaben die Energiebilanzen. Einzelne Mitglieder bemängelten, dass der Bericht keine Bilanzen zum Energiebedarf im Kanton Basel-Landschaft enthalte. Diese Zahlen wären eine wichtige Grundlage gewesen, um die Massnahmen diskutieren zu können. Der Regierungsrat hätte erst anhand der Kennzahlen eine Strategie ausarbeiten und sinnvolle Massnahmen vorschlagen sollen. Der Regierungsrat hielt dazu fest, dass er mit diesem Bericht auch Vorstösse mit sehr konkreten Forderungen aus dem Parlament beantworte. Ein grosser Teil der Massnahmen basierten auf diesen Vorstössen. Zudem seien die meisten Massnahmen weder neu noch besonders ambitioniert und betreffen zum Teil die Mustervorschriften für Kantone aus dem Jahr 2014. Ein Teil der Vorschriften sei bereits in die Revision des Energiegesetzes eingeflossen, aber es gebe noch diverse, die der Kanton Basel-Landschaft noch nicht übernommen habe. Die Versorgungssicherheit und Speicherkapazität seien wichtig und würden bearbeitet, jedoch gebe es noch keine guten Lösungen, über die berichtet werden könnte. Die Mehrheit der Kommission beurteilte den Bericht als gute Grundlage. Dieser zeige die richtige Richtung auf und der Regierungsrat gehe mit den Massnahmen einen pragmatischen Weg. Eine Minderheit beurteilte den Bericht als lückenhaft und mangelhaft. Es fehlten wichtige Themen wie die Kennzahlen aus dem Kanton, der Umgang mit einer Strommangellage oder die Frage der Speicherung von Solarenergie. Die Kommission war sich einig, dass die veränderte weltpolitische Lage und das fehlende Stromabkommen mit der EU zusätzliche Anforderungen an die Energiepolitik des Kantons stellen. Man müsse vor allem die Abhängigkeit von Energie aus dem Ausland reduzieren und neben dem Ausbau der Solarenergie auch Lösungen für das Speicherproblem suchen.

Zu den Postulaten: Die Kommission stimmt der Abschreibung der Postulate 2018/829 und 2019/211 zu. Bei den drei anderen Postulaten sind konkrete Massnahmen angesprochen. Diese Postulate sollen erst abgeschrieben werden, wenn die Massnahmen dem Landrat vorliegen. Die UEK beantragt dem Landrat mit 10:2 Stimmen bei einer Enthaltung, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

– *Eintretensdebatte*

Ursula Wyss Thanei (SP) bedankt sich im Namen der SP-Fraktion bei Regierungsrat und Verwaltung für die umfassende Arbeit und den Energieplanungsbericht. Die angestrebte Richtung und die vorgeschlagenen Massnahmen werden unterstützt. Diese sind konkret und zielführend und, so hofft die Rednerin, auch mehrheitsfähig. Die Fraktion begrüsst, dass der Kanton das Netto-Null-Ziel für 2050 verfolgt und sich auch dazu bekennt. Aus dem Netto-Null-Ziel ergeben sich zusam-

men mit der Erkenntnis aus dem Energieplanungsbericht auch die fünf Schwerpunkte mit den 19 vorgeschlagenen Massnahmen. Die fünf Schwerpunkte sind: Die Entkoppelung der Wärmeversorgung im Gebäudebereich von der fossilen Energie; der optimale Einsatz der Energie im Gebäudebereich, vor allem bei Nicht-Wohnbauten ab einer gewissen Grösse; die Forcierung des Ausbaus von Solarenergie im Gebäudebereich; die Schaffung von Rahmenbedingungen, um den Umbau der Mobilität auf erneuerbare Energien zu beschleunigen und Unterstützung der Gemeinden bei ihren Aufgaben und Hilfestellungen in den Bereichen Planung und Kommunikation. Das Baselbieter Energiesystem ist zu einem grossen Teil von fossilen Energieträgern abhängig und somit auch von Importen. Nur mit einem beschleunigten Umbau auf erneuerbare und lokal verfügbare Energien kann die Abhängigkeit reduziert werden. Die jüngsten politischen Ereignisse haben gezeigt, dass die Abhängigkeit von Importen und die Auswirkungen der Abhängigkeit anders beurteilt werden müssen als noch vor einem halben Jahr. Die Fraktion ist dezidiert der Ansicht, dass lieber heute als morgen gehandelt werden sollte. In diesem Kontext ist es umso wichtiger, dass der Regierungsrat bei der Umsetzung unterstützt wird und der Landrat in einem ersten Schritt den Energieplanungsbericht zustimmend zur Kenntnis nimmt – auch zugunsten der kommenden Generation, die auf der Zuschauertribüne sitzt und die Klimapolitik des Landrats einmal ausbaden muss. Die Fraktion unterstützt auch das Vorgehen des Regierungsrats, dass parallel und zeitgleich zum Energieplanungsbericht auch die Änderungen im Energiegesetz und im dazugehörigen Dekret in die Vernehmlassung gegeben werden. Die SP-Fraktion nimmt eine pragmatische Haltung ein. Schnelles Handeln ist angezeigt und richtig. Der Regierungsrat ist sich jedoch bewusst, dass alleine mit diesen Massnahmen das Netto-Null-Ziel nicht erreicht werden kann. Die SP-Fraktion teilt diese Meinung. Es braucht weitere Anstrengungen, auch in anderen treibhausgas-relevanten Bereichen.

Wie die anderen Parteien ist die SP auch der Meinung, dass der Bericht Lücken aufweist. Es gibt keine Angaben zur Effizienz der vorgeschlagenen Massnahmen. Zur Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Energie wird gesagt, Basel-Landschaft leiste seinen Beitrag, indem der Umbau auf erneuerbare Energien vorangetrieben werde. Dies ist grundsätzlich richtig, wird jedoch der Dringlichkeit des Themas nicht gerecht. Es fehlt der Fokus auf die Winterstromproduktion und auch auf Stromspeichermedien. Diese Themen sind im Hinblick auf die Versorgungssicherheit sehr wichtig und müssen Teil einer künftigen Energieplanung sein. Ebenfalls stört es, dass die Mobilität weiterhin aus dem Energiebereich ausgeklammert bleibt. Die SP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass eine zukunftsfähige, sichere, verlässliche Energieversorgung nur dann gewährleistet werden kann, wenn die Stromproduktion diversifiziert wird und sich auf verschiedene Energieträger abstützt. Diese müssen optimal kombiniert und austariert werden. Dies ist nur mit Unterstützung von sinnvollen Energiespeichertechnologien möglich, die miteinbezogen werden müssen. Innovationen auf diesem Gebiet müssten systematisch gefördert werden.

Als Fazit Folgendes: Die SP-Fraktion nimmt den Energieplanungsbericht einstimmig zur Kenntnis. Die Richtung wird unterstützt, im vollen Bewusstsein, dass Lücken bestehen, jedoch nicht weiter bestehen bleiben sollten. Es wird erwartet, dass der Regierungsrat die Wirksamkeit der Massnahmen laufend beobachtet, mit dem einen Auge das Netto-Null-Ziel weiterverfolgt und das andere Auge klar auf die Versorgungssicherheit der Bevölkerung richtet.

Die beiden Vorstösse «Klärung der Rollen Erdgas – Biogas im kantonalen Energiemix» und «Betrieboptimierung im Gebäudebereich gesetzlich verankern» sollen abgeschrieben werden, die anderen drei jedoch nicht.

Andi Trüssel (SVP) erklärt, der Bericht müsste Klimaplanungsbericht heissen, denn über die Energiebilanzen enthalte er praktisch nichts, ausser zur Photovoltaik, wobei sehr gut dargestellt ist, was erreicht wurde und wie viel Sonnenlicht in elektrische Energie umgewandelt werden konnte. Bevor der Bericht, der die energiepolitischen Massnahmen darlegen müsste, jedoch diskutiert

werden kann, wurde bereits ein Vernehmlassungsverfahren gestartet. Der Prozess müsste umgekehrt laufen: Zuerst braucht es eine saubere Ausgangslage – sprich: einen Energieplanungsbericht nach § 3 und § 2 des Energiegesetzes Basel-Landschaft aus dem Jahr 2016. Anschliessend kann man sich über eine Strategie und deren Anpassung Gedanken machen, und danach werden die Massnahmen definiert. Der Redner hatte den Eindruck, dass man in grosser Eile war. Weshalb diese Eile? Es soll niemandem etwas unterstellt werden, aber im nächsten Februar stehen Wahlen an.

Gegen die finanzielle Unterstützung für Wärmepumpen anstelle von Öl- und Gasheizungen – gibt es nichts einzuwenden. Auch die E-Mobilität mag Sinn machen. Aber die Massnahmen werden noch schneller zu einer Strommangellage führen, weil die Gerätschaften alle Strom benötigen. Es wird CO₂ ersetzt, aber man braucht zusätzlichen Strom. Keiner weiss, woher dieser kommen soll. Es wird viel über Energieeffizienz gesprochen, aber im Bericht kann man nichts dazu lesen, was von 2019 bis 2021 effizienter geworden ist. Dies gehört in den Bericht. Alle stehen hinter den vielen Vorgaben, die es gibt, aber diese gehören mit Fakten hinterlegt. Im Bericht steht nichts darüber, wie Photovoltaikenergie gespeichert werden soll, denn diese steht häufig zur Verfügung, wenn man sie nicht braucht. Das Netz ist ein kommunizierendes Gefäss. Propagiert man Photovoltaik, muss man sich über die Speicherung Gedanken machen. In einem Akku-Kilo hat es 220 Wattstunden, ein Kilo Benzin enthält 10'000 Wattstunden und ein Kilo Wasserstoff enthält 33'000 Wattstunden. Was liegt näher als eine Wasserstoffstrategie? Die fehlt im Bericht auch. Der Redner hat eine Tabelle erstellt, was er darunter versteht: Eine Aussage, eine Erkenntnis und die Konsequenzen. Das fehlt im Bericht. Die SVP-Fraktion nimmt den Energieplanungsbericht einstimmig nicht zur Kenntnis. Sie spricht sich für die Abschreibung aller Postulate aus.

Stephan Ackermann (Grüne) äussert, die Grüne/EVP-Fraktion nehme den Energieplanungsbericht zur Kenntnis. Man kann fast nicht anders, wenn man sich Gedanken dazu gemacht hat. Positiv wird die Bereitschaft des Regierungsrats erachtet, sich den Herausforderungen der Klimaerwärmung zu stellen und Massnahmen dagegen zu ergreifen. Neben der Klimaerwärmung zeigt der katastrophale Krieg in der Ukraine die Abhängigkeit von den Energielieferungen fragwürdiger Regierungen schonungslos auf. Der Energieplanungsbericht wurde vor dem 24. Februar 2022 erarbeitet. Diesbezüglich sind dringend Korrekturen nötig. Begrüsst wird, dass der Regierungsrat einen Massnahmenkatalog definiert und bereits mit der Umsetzung derjenigen Massnahmen begonnen hat, die in seiner Kompetenz liegen. Von einer Regierung wird erwartet, dass sie vorausgeht und nicht zu lange wartet. Aus Sicht der Fraktion ist dringend nötig, dass gehandelt wird. Konsterniert wird zur Kenntnis genommen, dass gewisse Flügel der SVP, Mitte und FDP mit allen Mitteln versuchen, den aus ihrer Sicht progressiven Regierungsrat zurückzubinden. Dies ist unnötig. Die nötigen Vernehmlassungen wurden aufgegleist und die Parteien können sich einbringen. Der Regierungsrat hat dazu aufgefordert, Vorstösse und Ideen einzubringen, wie mit den Herausforderungen umgegangen werden kann. Dies haben einige Fraktionsmitglieder getan. Die Demokratie wird dazu führen, dass gute Vorschläge schliesslich durch den Landrat verabschiedet werden können. Die Kritik, dass im Energieplanungsbericht zu wenig Daten und zu viele Massnahmen enthalten sind, teilt die Fraktion nicht. Sowohl im Energieplanungsbericht als auch bereits im Statusbericht «Klima» ist eine ausführliche und zweckdienliche Datenbasis enthalten. Die Massnahmen basieren auf einer soliden Analyse. Die Kritik der Fraktion lautet dahingehend, dass die Massnahmen zum Teil zu wenig weit gehen, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Der CO₂-Ausstoss muss dringend und umgehend reduziert werden. Die Fraktion Grüne/EVP nimmt den Bericht zur Kenntnis und bittet den Regierungsrat, auch ihren Standpunkt zur Kenntnis zu nehmen. Es sind noch weitere Anstrengungen nötig, um die Klimaziele von Paris zu erreichen. Verlangt wird ein rascher Ausstieg des Baselbiets aus der Energieabhängigkeit von politisch zwielichtigen Regimes. So wird neben der Unabhängigkeit auch eine Dekarbonisierung des Energiehungers erreicht, im Wissen

darum, dass die Zeiten der billigen Energien vorbei sind. Man ist bereit, für eine friedliche, ökologische Welt mehr zu bezahlen. Das ist es der Fraktion wert.
 Zu den Postulaten kann den Anträgen der UEK gefolgt werden.

Robert Vogt (FDP) legt seine Kritikpunkte dar, trotz des grossen Respekts vor dem Energieplanungsbericht. Es gibt ein Problem mit der hohen Geschwindigkeit, mit der der Bericht veröffentlicht wurde und gleichzeitig die Vernehmlassung über die Energiegesetzesrevision gestartet wurde. Damit hat der Regierungsrat die Fraktion überrascht und es war schwierig, mit dieser Geschwindigkeit mitzuhalten. Zudem stimmt der Redner der Kritik der SVP-Fraktion zu, dass der Energieplanungsbericht eine starke Klimaprägung aufweist. Das Wort «Klima» kann über 90 Mal gezählt werden. Der Redner hätte erwartet, dass die im Klimabericht abgebildeten Massnahmen damit hinterlegt werden, was sie überhaupt bewirken. Jede einzelne Massnahme wird etwas bewirken, davon ist auszugehen. Verstärkt wurde die Kritik durch die grossen thematischen Lücken im Bericht. Erstens wird der Versorgungslücke viel zu wenig Bedeutung beigemessen, denn auch im Baselbiet muss dafür gesorgt werden, dass die sommerlichen Überschüsse an elektrischer Energie in den Winter gerettet werden können. Dazu gibt es Technologien wie Wasserstoff etc., womit das abgedeckt werden könnte. Dies ist in den Massnahmen nicht zu finden. Eine weitere Lücke ist auch, dass keine Energieszenarien aufgezeigt werden. Die FDP-Fraktion bestreitet die Kenntnisnahme nicht, aber sie möchte dem Landrat einen Antrag für eine neue Ziffer 2 unterbreiten. «Der Regierungsrat zeigt mit einer Ergänzung des Energieplanungsberichts innert 6 Monaten auf, wie die kurz- bis langfristige Versorgung des Kantons Baselland, seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft bezogen auf die einzelnen Energieträger sichergestellt wird.» Dies klingt kompliziert, bedeutet aber nichts anderes, als dass der Energieplanungsbericht gut ist, jedoch Elemente fehlen.

Markus Dudler (Die Mitte) sagt, es werde oft gefragt, welchen Einfluss die kleine Schweiz und erst recht der kleine Kanton Basel-Landschaft auf das Klima und den CO₂-Ausstoss habe. Ein paar Fakten dazu: China, die USA und Indien verursachen die Hälfte des globalen CO₂-Ausstosses. Beim Pro-Kopf-Ausstoss liegt die Schweiz im weltweiten Vergleich im Jahr 2019 auf dem 16. schlechtesten Platz. Das bedeutet aber, dass die Hälfte des CO₂-Ausstosses nicht aus den Ländern stammt, die verschiedentlich, auch von der SVP, immer an den Pranger gestellt werden, sondern aus Staaten wie der Schweiz. Mit dem 16. schlechtesten Platz ist die Schweiz besonders gefordert, ihre Hausaufgaben zu erledigen. Einen wichtigen Beitrag dazu müssen die Kantone leisten. Der Bericht und die abgeleiteten Massnahmen haben diejenigen Themenfelder im Fokus, bei welchen der Kanton über entsprechende Kompetenzen verfügt. Die Stromversorgung ist ein Thema des Bundes, wird gesagt. Jedoch geht der Trend mit alternativen Energien klar in Richtung Diversifizierung und lokale Produktion. Aus Sicht der Mitte/glp-Fraktion soll auch der Energiebericht seine Visionen zum Ausdruck bringen, insbesondere bei der Zurverfügungstellung der Bandenergie und der Speicherung. Wie es die wohlwollende Vernehmlassungsantwort der glp und auch der Mitte zu den Änderungen des Energiegesetzes und des Dekrets sowie das Positionspapier der jungen Mitte Basel-Landschaft zum Thema Klima zum Ausdruck bringen, unterstützt man den Regierungsrat bei den Bestrebungen zum Klimaschutz und zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Die Fraktion nimmt den Bericht mit Besorgnis zur Kenntnis. Beim Thema Klimaschutz bringt er die folgende Weisheit oft auf den Punkt: «Der Mensch erkennt das Richtige und tut doch oftmals das Falsche.» Im Baselbiet geht der Regierungsrat aus Sicht der Fraktion in die richtige Richtung. Die Mitte/glp-Fraktion schreibt alle Postulate in diesem Zusammenhang ab, da der politische Prozess im Gang ist und die Massnahmen eingeleitet sind.

Bálint Csontos (Grüne) hält fest, es liege zum ersten Mal ein Energiebericht vor, welcher der Katastrophe, die sich vor unseren Augen abspielt und bereits viele Menschenleben kostet, mit seiner Sprache ansatzweise gerecht werde. Materiell ist es so, dass das Massnahmenpaket in die richti-

ge Richtung geht, jedoch dem Ernst der Lage nicht gerecht wird. Vor allem wird weniger gemacht, als man tun könnte, und dies erst noch zu spät. Der Redner wird den Bericht nicht zur Kenntnis nehmen können. Es handelt sich um einen ersten Zwischenstand, aber es kann nicht dabei belassen werden. Man muss schneller handeln und kann dies auch. Es muss anerkannt werden, dass die Situation viel ernster ist. Ein Beispiel: Man gibt sich damit zufrieden, im Jahr 2050 das Netto-Null-Ziel zu erreichen, zudem gibt es noch die Klimaziele von Paris. Entscheidend ist, wie schnell der Pfad dorthin zurückgelegt wird. Je früher eine Massnahme ergriffen wird, desto grösser ist die Chance, die Klimaziele von Paris überhaupt noch zu erreichen, und umso weniger kosten zukünftige Massnahmen, die ergriffen werden müssen. In Deutschland anerkannte das höchste Gericht als Grundrecht, dass Massnahmen früh getroffen werden müssen, weil sie noch möglich sind und weil später härtere Grundrechtseinschränkungen drohen.

Der zweite Grund, weshalb der Redner nicht den grünen Knopf drücken wird: Der Bericht weist leider grosse Lücken auf, darin stimmt er mit der Sprecherin der SP-Fraktion und dem Sprecher der SVP-Fraktion überein. Ein solcher Bericht kann keine 100prozentige Qualität aufweisen. Aber Klimaforschung und die Klimakatastrophe sind keine so neuen Themen. Man könnte erwarten, dass der Bericht umfangreicher ist, ein detaillierteres Bild der Volkswirtschaft aufzeigt und vor allem auch aufzeigt, welche Massnahmen zusätzlich zum vorgeschlagenen Massnahmenpaket ergriffen werden könnten.

Der Redner kann den Landratsmitgliedern empfehlen, wieder einmal die «Konferenz der Tiere» von Erich Kästner zu lesen. Das immer wiederkehrende Motto lautet: «Es geht doch um die Kinder.» Den Antrag der FDP-Fraktion interpretiert der Redner als Aufforderung an den Regierungsrat, schneller zu handeln und rascher mehr zu tun, und unterstützt diesen deshalb.

Urs Kaufmann (SP) sagt, der vorliegende Bericht gehe in die richtige Richtung. Er enthält wichtige Massnahmen in den Bereichen Energiesparen, Energieeffizienz und Ersatz sowie Einsatz erneuerbarer Energien. In einem Punkt gibt Urs Kaufmann Andi Trüssel Recht: Die Faktenbasis des Berichts ist zu wenig gut. Das Zahlenfenster des Kantons enthält unter «Energie» immer noch den Energieverbrauch des Jahres 2018. Es ist unverständlich, dass es 2022 keine neueren Zahlen gibt. Die Interpretation und der Umgang damit, wie dies Andi Trüssel geschildert hat, ist allerdings völlig falsch. Nichts zu tun und zuzuwarten bis die Datenanalyse vorliegt, und erst danach zu überlegen, was zu tun ist, ist keine Option. Das ist nicht nötig. Es gibt unzählige Studien auf Bundesebene, bei anderen Kantonen, welche diese Dinge bereits im Detail untersucht haben. Die bekannten Massnahmen, die bereits x-fach untersucht wurden, sind im Energieplanungsbericht aufgelistet. Diese müssen möglichst schnell umgesetzt werden. In Zukunft sollen nur noch Heizungen gebaut werden, die mit erneuerbaren Energien betrieben werden, nichts Anderes. Damit muss es vorwärtsgehen. Auf jedes neue Dach muss eine Photovoltaikanlage gebaut werden; dies muss eine Selbstverständlichkeit sein. Aber – wie bereits die Fraktionssprecherin der SP gesagt hat – es fehlen Massnahmen im Energieplanungsbericht. Dies bedeutet jedoch nicht, dass zugewartet und drei, vier Jahre studiert werden muss, welche Massnahmen es zusätzlich braucht. Die vorliegenden Massnahmen sind rasch umzusetzen.

Auch auf bestehenden Dächern müssen Photovoltaik-Anlagen realisiert werden, nicht nur auf Neubauten. Dazu muss sich der Kanton Gedanken machen, was getan werden kann, um dies umzusetzen. Ein anderes wichtiges Thema ist die regionale Winterstromproduktion und die Stromspeicherung im Winter. Diesbezüglich besteht im Bericht eine Lücke. Es gibt eine Basis dafür im bestehenden Energiegesetz, um Leistungsaufträge an die Energieversorger erteilen zu können. Dieses Mittel muss analysiert und die entsprechenden Leistungsaufträge zusammen mit den Energieversorgern definiert werden, damit die regionale Winterstromproduktion und die Energiespeicherung des Winterstroms gefördert werden kann. Der Antrag der FDP-Fraktion geht in die richtige Richtung, indem man dem Regierungsrat sagt, diese Punkte müssen analysiert und wei-

tergehende Massnahmen vorgelegt werden, um die Versorgungssicherheit zu erreichen. Die Energiedatenbasis muss vertieft werden. Es braucht schneller aktuelle Zahlen, auch auf kommunaler Ebene, denn die Gemeinden müssen auch eine Energieplanung vornehmen. Damit wird ersichtlich, was die Massnahmen bewirken. So kann schneller korrigiert und reagiert werden. Aber dies darf keine Ausrede sein, um zuzuwarten und Studien zu erarbeiten, um zu erfahren, wo wie viel Strom verbraucht wird. Es ist klar, welche Massnahmen dringend angepackt werden müssen, aber es braucht ergänzende Arbeiten, die parallel in Angriff genommen werden müssen. Der Energieplanungsbericht ist eine gute Ausgangslage. Er enthält Lücken und aufgrund der weltpolitischen Lage besteht nochmals ein grösserer Druck, um dies anzupacken. Mit Zuwarten kommt man nicht vom Fleck und wird das Netto-Null-Ziel nie erreichen.

Klaus Kirchmayr (Grüne) macht eine kurze Rückblende in den letzten Herbst zur AFP-Debatte, bei welcher für die Grünen das Thema Klima bereits hoch auf der Traktandenliste angesetzt war. Mit einem etwas genervten Unterton habe damals der Finanzdirektor den Redner aufgefordert, etwas Geduld zu haben, man würde den Energieplanungsbericht bringen. Und heute ist zu konstatieren, dass der Regierungsrat Wort gehalten und einen Energieplanungsbericht erstellt hat, welcher alles bisher in diesem Rahmen Vorhandene deutlich verbessert. Dafür dankt Klaus Kirchmayr dem Regierungsrat. Inzwischen – und das ist das Pech des Regierungsrats – hat sich die Ausgangslage nicht nur ein bisschen, sondern dramatisch geändert. Nicht nur verlangt die Klimakrise stärkeres Handeln – was die Grünen schon immer betonten – sondern es gibt eine Zäsur in der internationalen Sicherheitsarchitektur durch den provokativen Angriffskrieg auf die Ukraine. Es wurde sehr klar, dass nicht nur die Schweiz, sondern der ganze Westen im Energiesektor Abhängigkeiten hat, die nicht nur den Wohlstand, sondern auch die Sicherheit bedrohen. Und es besteht vermutlich breiter Konsens, dass dies nicht so bleiben kann und die Abhängigkeiten reduziert werden müssen. Insofern ist die Dringlichkeit im Energiebereich, neue Strukturen zu etablieren, nochmals mindestens verdoppelt worden seit dem 24. Februar 2022. Das spürt man am Willen von Parteien, die bisher eher skeptisch waren. Der FDP und SVP wird für die Bewegung in diesem Bereich gedankt und sie sollen ermutigt werden, dort weiter zu machen. Unzweifelhaft sind gewisse Dinge, die von deren Seite erwähnt wurden, wichtig und richtig. Insbesondere die Speicherfähigkeit sowie die Steigerung der lokalen Produktion sind für die Grünen ausserordentlich wichtig. Nicht ganz einverstanden ist der Redner mit der Idee, nochmals eine Runde zu drehen, um nochmals bessere Zahlen zu haben. In den letzten zwanzig Jahren hat man auch in Bezug auf den Energiebereich im Landratssaal Vieles «geübt», und es ist bekannt, was funktioniert. Dies muss schnell ausgelöst werden. Auch aufgrund der Erfahrungen mit dem Energiepaket weiss man, dass es sinnvoll ist, die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger miteinzubeziehen und mit Anreizen Programme zu schaffen, bei welchen auch Private Geld in die Hand nehmen. Alle sind bereit, beizutragen. Diese Übung muss der Staat nicht alleine machen. Man muss aber die bewährten Instrumente schärfen und in Richtung Speicherung deutlich verstärken. In diesem Sinne besteht Einigkeit. Es gilt, ins Handeln zu kommen und in diesem Sinne versteht der Redner auch den FDP-Antrag, welchen er unterstützt. Selbst wenn man sich nicht bei jeder einzelnen Technologie einig ist, gilt es jetzt in erster Linie, zu handeln. Von vielen Technologien weiss man heute, dass sie gut sind und diese sollte man forcieren und lieber heute als morgen damit anfangen. Man sollte parteiübergreifend zusammenarbeiten, nicht nur um die Klimakrise zu bekämpfen, sondern auch um die sicherheitsbedrohende Abhängigkeit zu reduzieren. Das ist die Aufgabe für die nächsten Jahre. Gestern hat die EU CHF 300 Mrd. beschlossen, allein um die Abhängigkeit von Russland im Energiebereich zu reduzieren; das zeigt die Dimension der Problematik. Der Regierungsrat sollte dies als Mandat zur Kenntnis nehmen, in diesem Bereich noch mehr zuzulegen – es ist dringend nötig.

Erika Eichenberger Bühler (Grüne) bezieht sich auf den im Bericht erwähnten Anteil von 82 % an fossilen Brennstoffen im Energiebereich und gibt Markus Dudler Recht: Im Baselbiet besteht Handlungsbedarf. Und ein Vorstoss, der zurzeit in Beantwortung ist, bezieht sich auf die Stromerzeugung durch Solarenergie auf Dächern und an Fassaden. Die Rednerin bittet nochmals, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben. Denn obwohl PV-Anlagen, die gleichzeitig mit dem Bau eines Hauses errichtet und für den Energieverbrauch genutzt werden, in aller Regel wirtschaftlich sind, werden noch heute PV-Anlagen in vielen Fällen nicht automatisch auf neuen Häusern gebaut. Es ist wichtig, dass diese Flächen auf Dächern und Fassaden nicht ungenutzt bleiben. Der Vorstoss soll nicht abgeschrieben werden, bis dies in sicheren Tüchern ist.

Rolf Blatter (FDP) meint, der Bericht heisse zwar Energieplanungsbericht, werde dem Namen aber inhaltlich nur teilweise gerecht. Zu einem grossen Teil ist es ein «Statusbericht Klimaschutzmassnahmen». Der Kommissionspräsident sagte einleitend, dass der Auftrag aus dem Energiegesetz hervorgeht. § 3 Absatz 2 des kantonalen Energiegesetzes (EnG) besagt, der Regierungsrat soll den Bedarf und das Angebot an Energie beurteilen – und darunter versteht der Redner Bedarf und Angebot pro Energieträger. Im selben Absatz 2 wird verlangt, dass der Regierungsrat eine Strategie zur Energieversorgung mit den dazu notwendigen Massnahmen erarbeiten und auch eine (rückblickende) Energiestatistik erstellen soll. Nicht zuletzt soll der Energieplanungsbericht dazu dienen, Entscheidungsgrundlagen für Förderungsmassnahmen zu erarbeiten und er soll die angestrebten Ziele formulieren. Eine Planung dient letztlich immer dazu, ein Ziel zu erreichen. Dieser Kontext fehlt.

In Abschnitt 1.1 des Energieplanungsberichts steht tatsächlich, der Auftrag stehe im EnG. In Abschnitt 1.2 geht es los: «Fossile Brennstoffe und Treibstoffe verursachen zwei Drittel des menschengemachten Treibhausgasausstosses.» Erwähnt werden Erkenntnisse aus der Klimastrategie der Schweiz, Angaben über die Dekarbonisierung, Ideen zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Forcierung von Solarenergie an Gebäuden. Das ist alles nicht falsch, aber es ist nur Teil des Energieplanungsberichts. Und Kollege Dudler hat gesagt, man sei nur ein kleiner Teil, der zum globalen Ausstoss an CO₂ beitrage. Letztlich ist eines der Ziele des Energieplanungsberichts, aufzuzeigen, wie die Klimaziele erreicht werden können. Es ist unschön, wenn Stephan Ackermann den Krieg in der Ukraine heranzieht in Bezug auf den globalen CO₂-Ausstoss – wie es Herr Glättli in der letzten Arenasendung getan hat. Denn man kann die Schweiz völlig abschalten, ohne damit irgend einen Effekt auf das (Welt-)Klima messen zu können. Berechnen kann man es wohl, aber nicht messen, weil der Anteil so klein ist.

Die Idee, dass Photovoltaik auf die Dächer gehört, bedeutet einen Paradigmenwechsel. Heute hat man eine zentrale Energieversorgung. Es gibt ein paar wenige grosse zentrale Energieerzeugungsanlagen: Flusskraftwerke, Speicherkraftwerke, Atomkraftwerke, Windkraftwerke, ein paar wenige Biogaskraftwerke; aber alle sind zentral. Jeder von uns kauft monatlich X Kilowattstunden ein, und in dem Preis sind sowohl der Erzeugungspreis wie auch der Preis für die Amortisation der Anlagen enthalten. Wenn man nun hinget und sagt, dass auf jedem Dach eine solche Anlage gebaut werden soll, geht die Investitionspflicht plötzlich von den zentralen Dienstleistern weg und an den oder die einzelne/n Eigentümer/in. Das heisst, die Energieerzeugung wird nicht von der Allgemeinheit en gros bezahlt, sondern jeder Einzelne muss diese Investition tragen. Und es ist fraglich, ob dies jeder will respektive kann, wenn es etwa um CHF 100'000.– für eine PV-Anlage auf dem eigenen Dach geht. Dazu kommt, dass das Speicherproblem ungelöst ist. Und was nützt es, wenn man eine Riesenproduktion auf allen 100'000 Dächern hat, dann aber aufgrund der beschränkten Batteriespeicherkapazität nicht mehr als einen Tag speichern kann? Solche Themen gehören in den Energieplanungsbericht, und daher hat die FDP den Antrag gestellt, genau zu diesen Themen zusätzliche Informationen zu erhalten. Der Redner bittet um Unterstützung des Antrags durch das Ratskollegium.

Hanspeter Weibel (SVP) vermisst in dem Energieplanungsbericht vor allem die Winterlücke. Denn es ist immer wieder die Rede von der Winterlücke, und wie diese geschlossen werden soll/kann. Diese Frage bleibt offen. Der Redner hat selbst eine PV-Anlage und weiss, die Winterlücke bedeutet, dass ab Oktober bis etwa Februar ungenügend Strom damit erzeugt werden kann. Auch wird im Saal überhaupt nicht von der Stromüberproduktion im Sommer gesprochen. Im Moment steht der Redner in einem Gerichtsfall mit dem Energieanbieter, welcher ihm eine Anlage eingebaut hat, die er jederzeit ferngesteuert abschalten kann. Dies hat zur Folge, dass – selbst wenn Hanspeter Weibel mit der PV-Anlage die Autobatterie laden möchte – der Energieproduzent ihm die Anlage abschaltet, so dass der Redner den Strom nur noch vom Energieproduzenten beziehen kann. Hier stellt sich die von seinem Vorredner erwähnte Frage der Investitionssicherheit für den Hauseigentümer. Interessant zu wissen ist auch, dass bei einem Stromausfall die PV-Anlage überhaupt nichts nützt, weil dann nämlich der Steuerstrom für den Wechselrichter fehlt. Dies ist nur zu bewerkstelligen mit zusätzlichen Investitionen in eine unterbrechungsfreie Stromversorgung – dazu sind nochmals erhebliche Investitionen zu leisten. Dies wird in dem Bericht nirgendwo angesprochen. Doch es handelt sich um zentrale Punkte, die in einen solchen Energieplanungsbericht hineingehören: Wie geht man mit der Winterstromlücke um, und was passiert mit der Überproduktion im Sommer?

Klaus Kirchmayr (Grüne) sagt zur mehrmals angesprochenen Winterlücke und zu den Speichermöglichkeiten: Heute sei es möglich, auch für den privaten Haushalt den im Sommer produzierten Überschussstrom mit einem Elektrolyseur zu Wasserstoff umzuwandeln und dann im Winter mit einer Brennstoffzelle wieder zu verstromen. Dazu sind signifikante Investitionen nötig. Abhängigkeiten lassen sich nur mit Investitionen verringern. Grossspeicher sind politisch nicht realistisch. Man hat mittlerweile sehr gute Erfahrungen mit 140'000 Solaranlagen in der Schweiz. Wenn man bis in 10 oder 15 Jahren über 140'000 dezentrale Wasserstoffspeicher verfügt, so ist das Problem der Winterlücke für sehr viele Bereiche bereits gelöst. Es müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass nicht nur die Produktion sondern vor allem die saisonale Speicherung gelöst werden kann. Batterien können bestenfalls den Tagesgang ausgleichen – alles andere wäre Sand in die Augen gestreut. Die saisonale Speicherung braucht Wasserstoff und am besten dezentral. Damit kann die Resilienz der Stromversorgung und der Versorgungssicherheit erhöht werden. Einen entsprechenden Vorstoss ([2022/249](#)) hat der Redner an der letzten Landratssitzung vom 5. Mai 2022 eingereicht.

Andi Trüssel (SVP) findet den von seinem Vorredner aufgezeigten Vorschlag zur dezentrale Energiespeicherung hervorragend. Davon stehe aber nichts im Energieplanungsbericht, auch nichts von einer Wasserstoffstrategie. Daher ist der Energieplanungsbericht nicht zur Kenntnis zu nehmen. Das hat nichts mit warten zu tun, entgegnet der Redner Urs Kaufmann. Man muss weiter arbeiten – mit der Tabelle, die der Redner dem Regierungsrat abgeben wird – und vorwärts machen mit einer sauberen Problemanalyse. Die Winterlücke ist in aller Munde. Es müsste aber gesagt werden, was eine solche Brennstoffzellen-Rekuperierungsanlage kostet, und wieviel Photovoltaik dafür auf dem Dach notwendig wäre. Bei einem Jahresbedarf von 10'000 kWh bräuchte es auf dem Dach eine Leistung von 2,2 bis 2,5, um überhaupt über die Runden zu kommen – ohne über die Batteriegrösse gesprochen zu haben. Es können heute Salzbatterien genommen werden, welche deutlich umweltfreundlicher und günstiger sind, man kann sie problemlos tief entladen über 1'000 Mal. Bei der E-Mobilität haben sie keine Chance, weil ein grosser Strombezug nicht möglich ist. An einer kürzlichen Tagung der Swissgrid im Haus der Wirtschaft wurde gesagt, dass Deutschland in diesem Winter 10 Terawattstunden (TWh) von der Schweiz beziehen möchte. Gleichzeitig will die Schweiz aus dem europäischen Raum auch zwischen sieben und zehn TWh. Man rechne. Photovoltaik soll ausgebaut werden, aber ohne eine Ahnung, wo und wie gespeichert werden kann. Sein Vorredner hat ein Beispiel gemacht. Die Eidgenössische Materialprüfungs- und For-

schungsanstalt (Empa) und L'École polytechnique fédérale de Lausanne (EPFL) haben im Februar 2022 gesagt, dass die Schweiz für die Erreichung des Netto-Nullziels Photovoltaik die Fläche des Genfersees (564 km³) und für die saisonale Speicherung – wenn diese nicht dezentral gehandhabt wird – zusätzlich 17,3-mal die Grande Dixence brauchen würde. Das Speicherkraftwerk Grande Dixence im Val d'Héremence vermag mit seiner 285 Meter hohen Staumauer 400 m³ Wasser zu stauen. Wo will man dies bauen?

Urs Kaufmann (SP) sagt, sein Vorredner habe die Diskussion in die richtige Richtung geleitet. Im Baselbiet kann man nicht alle Probleme selbst lösen. In eine ähnliche Richtung ging das Votum von Hanspeter Weibel betreffend die Winterlücke und den Sommerüberschuss. Speicher- und Stauseen spielen eine wichtige Rolle, aber wie alle wissen, wird man im Baselbiet keinen Stausee bauen können. Auf Bundesebene wird aktuell geprüft, wie solche Projekte wieder aufgegleist werden können. Interessant ist, dass vor wenigen Jahren ein neues Stauseeprojekt in Betrieb ging. Und an dieser Stelle wurde damals gesagt, dies sei in der heutigen Situation überhaupt nicht wirtschaftlich. Man habe eine Fehlinvestition gemacht. Das war, als der Strompreis noch extrem tief war. Die Situation hat sich seither gründlich geändert, der Strompreis ist extrem hoch. Und es ist nicht mehr die Rede davon, dass irgendwelche Wasserkraft- und Stauseebesitzer entschädigt werden müssten, weil sie zu wenig Geld für ihre Produktion erhalten. Sondern es ist umgekehrt, und man müsste sie entschädigen, weil sie viel zu viel bezahlen für den Strom, den man nicht selbst erzeugt. Daher muss in Koordination mit dem Bund ein Schritt vorwärts gemacht werden. Denn das Baselbiet muss Strom lokal erzeugen mit PV-Anlagen und ihn auch an entsprechenden Stellen speichern – prioritär mit den verfügbaren Stauseen, andererseits muss auch in Bezug auf Wasserstofftechnologie vorwärts gemacht werden.

Bezugnehmend auf den FDP-Antrag erklärt der Redner, die Frage der Versorgungssicherheit könne nicht allein das Baselbiet lösen. Es braucht eine Koordination mit den Bundesanstrengungen.

Hanspeter Weibel (SVP) stellt voran, er rede über praktische Erfahrungen. In Antwort an Klaus Kirchmayr erklärt der Redner, er habe eine Wärmepumpe und damit keine Ölheizung und keinen Öltank(-raum) mehr, zudem ein Elektroauto, das er aber nicht bidirektional laden kann, weil der Energieproduzent dies nicht zulässt. In Bezug auf Brennstoffzellen geht es um Platz und Raum sowie erhebliche finanzielle Mittel. Zudem geht mit der Umwandlung von Sonnenstrom in Wasserstoff und danach wieder bei der Rückwandlung in Strom durch eine Brennstoffzelle extrem viel Energie verloren. Das kann nur gemacht werden, wenn man Überschussstrom «zum Versauen» hat, ansonsten wird damit Energie vernichtet. Und das sind entscheidende Punkte in der Praxis, zu welchen man Lösungsansätze bräuchte. Diese finden sich aber in dem Energieplanungsbericht nicht; dieser weist gravierende Lücken auf.

Andreas Dürr (FDP) ortet einmal mehr eine Kluft zwischen dem Traum von ein paar Windrädchen und Sonnendächlein, die die Sache retten und auch in die richtige Richtung bringen sollen und der Realität. Die FDP steht auch hinter diesem Weg: Mit Technologie muss die Energiewende erreicht werden. Umgekehrt teilt der Redner die mit fachlicher Kompetenz angebrachten Bedenken Andi Trüssels in Bezug auf die technische Umsetzbarkeit und sorgt sich insbesondere um die Versorgungssicherheit. Denn dies hat sich geändert, seitdem der Bericht verfasst wurde. Der Bericht ist nicht einfach «Schrott», sondern die FDP-Fraktion möchte ihn mit den für sie wichtigen Dingen ergänzt haben. Wenn man einen Energieplanungsbericht verfasst, ist allein schon im Wort Planung enthalten, dass man planen muss, wie in Zukunft die Energieversorgung sichergestellt werden soll. Das fehlt: Es gibt keine Bilanz, keine Auflistung des Bedarfs, keine Darstellung, wie man den Bedarf zu decken gedenkt. Der Regierungsrat wird daher im noch folgenden Antrag gebeten, bis in sechs Monaten darzulegen, wie er den Energiebedarf bezogen auf die einzelnen Energieträger sicherzustellen gedenkt. Das technisch Machbare soll nüchtern betrachtet werden. Schon

weitgehend dargelegt ist die Zielrichtung. Es sollen aber die Grenzen des Träumens aufgezeigt werden und was zu tun ist.

Wenn Urs Kaufmann sagt, es liege nicht am Kanton BL, Stauseen zu machen, so mag dies stimmen, aber auch im Baselbiet gibt es Flusskraftwerke und Kleinkraftwerke – dort gibt es Widerstand von gewissen Kreisen. Die Versorgungslücke macht grossen Kummer. Der Redner outet sich als Verwaltungsrat der Primeo Energie und möchte sich zum Rechtsstreit mit Hanspeter Weibel nicht weiter äussern, welcher freundlicherweise vom «Energieträger» gesprochen hat.

Wichtig ist, dass der Kanton BL auch Möglichkeiten für neue Kraftwerke etc. und Standorte hat, dazu muss der Regierungsrat auch etwas sagen. Man wünscht die ganze Bilanzierung, und der Vergleich von Erdöl-, Gas- und Strombedarf versus Machbarkeit fehlt. Das muss ergänzt werden, damit man von einem Energieplanungsbericht sprechen kann.

Markus Dudler (Die Mitte) antwortet Rolf Blatter, mit seiner Rede habe er zum Ausdruck bringen wollen, dass die so genannten KML – die kleinen und mittleren Länder der Welt – 50 % des CO₂-Ausstosses ausmachen. Das ist ein wesentlicher Teil. Und aufgrund ihres extrem hohen pro Kopf Ausstosses muss die Schweiz ihren Reduktionsbeitrag leisten. Dies zur Klarstellung. Nach einer Konsultation innerhalb der Fraktion kann der Redner sagen, dass die Mitte/glp-Fraktion dem Antrag der FDP zustimmt. Zu den Postulaten ist zu erwähnen, dass die Wünsche und Forderungen im Rahmen der Vernehmlassung eingebracht werden konnten. Bei der nachfolgenden Beratung der Vorlage in der Umweltschutz- und Energiekommission wird man sehen, ob sich eine politische Mehrheit findet, beispielsweise für verpflichtende Solarpanels auf den Dächern. Wenn ja, wird man dies beschliessen. Aber es gibt keinen Grund, das Postulat stehen zu lassen.

Peter Riebli (SVP) findet die Diskussion sei ergiebiger und faktenbasierter, als das, was im Energieplanungsbericht stehe. Es handelt sich um einen Klimaschutzbericht. Es sind sich fast alle einig, dass bezogen auf die Energiebilanz nichts in dem Bericht steht: Wie viel Energie braucht das Baselbiet heute, aus welchen Energiequellen, wie wird sich dies entwickeln, wovon braucht es mehr, wie soll die Versorgung gewährleistet werden, wie ist die Winterlücke zu decken? Davon steht im Energieplanungsbericht nichts. Deshalb kann er nicht zur Kenntnis genommen werden. Der Energieplanungsbericht entspricht nicht den Anforderungen gemäss Gesetz. Der Kanton macht einfach einmal etwas, hat aber nicht die notwendigen Grundlagendaten. Diese sollen endlich beschafft werden. Der Landrat kann nicht einfach gute Miene zum bösen Spiel machen. Der Bericht erfüllt die fundamentalsten Voraussetzungen für einen Energieplanungsbericht nicht. Alle haben es mehr oder minder prononciert gesagt. Die SVP-Fraktion lehnt den Bericht als ungenügend ab.

Marco Agostini (Grüne) meint, die von Peter Riebli vermissten Daten seien seit 40 oder 50 Jahren bekannt. Man kennt den Stand der Dinge, und es ist alles seit Jahrzehnten bekannt. Der Redner macht niemandem einen Vorwurf. Er selbst ist auch ein Spätzünder und hat erst vor zehn Jahren verstanden, welche Bedeutung Umweltschutz, Klimaschutz und Energie haben. Letztlich ist all das, was der Club of Rome 1968 gesagt hat, auch eingetroffen. Grundsätzlich braucht es keine Daten, man kann aber noch ein paar dazu setzen. Wichtig ist, dass gehandelt wird. Ob man nun dem Bericht zustimmt oder nicht, ändert an der Sachlage nichts. Man muss vorwärts machen. Dem Antrag der FDP kann der Redner zustimmen. Es gibt viel zu tun, und hier ist der Landrat gefordert. Letztlich ist jeder Einzelne und jede Einzelne dazu aufgefordert, weniger Auto zu fahren. Das ist man als Landrätin oder Landrat der Bevölkerung schuldig. Allein ein Drittel des Energieverbrauchs geht in die Ernährung. Es gibt 40 % an Nahrungsmittelverschwendung. Jede und jeder sollte als Vorbild sein Leben anpassen, wie es der Redner nach und nach tut. Und zusammen – nicht gegeneinander – sollte man sich für die Energiewende einsetzen.

Ursula Wyss Thanei (SP) bittet, das Postulat [2019/814](#) «Strategie zur Nutzung der Solarenergie im Baselbiet» nicht abzuschreiben und begründet dies folgendermassen: In dem Postulat wird unter anderem verlangt, dass der Regierungsrat ebenfalls prüfen soll, auf welche Art und Weise die Energieproduzenten (u.a. Primeo Energie, Genossenschaft Elektra Baselland) in die Strategie zur Solarenergieproduktion mit einbezogen werden müssen. Und welche Massnahmen nötig sind, um eine allfällige dezentrale Stromproduktion und die Stromverteilung zu koordinieren sowie die Stabilität des Stromnetzes zu gewährleisten.

Diese Forderung wird mit dem Energieplanungsbericht nicht erfüllt, daher soll das Postulat stehen gelassen werden.

Ronja Jansen (SP) streitet nicht ab, dass es Lücken in dem Bericht gebe. Kein Verständnis hat die Rednerin aber für die Verweigerungshaltung der SVP. Was bringt es, die Augen vor dem Problem zu verschliessen? Das hat noch nie ein Problem zielführend gelöst. Diese billige Verweigerungshaltung muss klar benannt werden. Es erstaunt natürlich nicht, dass sie von derjenigen Partei kommt, bei welcher sich viele Exponentinnen – wenn es um das Klima geht – eher an die Regelung halten, Augen zu und so tun, als ob es das Ganze nicht gibt. Das ist sehr schade. Trotzdem ist klar, die Klimakrise stellt ein komplexes Problem dar und sie verlangt nach einer komplexen Lösung. In dem Bericht sind immerhin die ersten Schritte dargelegt. Und diese sollten alle begrüessen, wenn es wirklich um die Lösung der Klimakrise geht.

Die Sorge über die Speicherung wird von der SP-Fraktion geteilt. Das wird aber von gewissen Leuten als Ausrede genutzt, nichts machen zu müssen. Ja, es braucht Innovationen, damit die Speichertechnologien ausgebaut werden können und damit günstiger und einfacher zugänglich für alle Menschen sind. Innovationen kosten. Der beste Antreiber für Innovationen ist, eine gewisse Planungssicherheit herzustellen. Wer Innovationen will, muss auch bereit sein, gewisse Verbote zu setzen, die klarstellen, dass sich die Innovationen und Investitionen langfristig lohnen und die Zeit der klimaschädigenden fossilen Energieträger ein für alle Mal vorbei ist. Man muss auf ein anderes Pferd setzen. Die Rednerin wünscht sich, dass die Bereitschaft, klarere Rahmenbedingungen zu setzen, im Rat mehr vorhanden wäre, vor allem bei der SVP. Die SVP soll aufhören, nur Probleme zu benennen und sich dann im Sessel zurückzulehnen. Alle sind aufgefordert mitzuarbeiten und den Energiebericht anzunehmen, auch wenn er nicht das Gelbe vom Ei ist, sondern ein erster Schritt – und ein solcher ist überfällig.

Fredy Dinkel (Grüne) schliesst sich dem Votum von Ronja Jansen an. Denn von allen Seiten sei gesagt worden, es sei ein erster Schritt, aber jetzt gelte es, wirklich vorwärtszumachen. Das war von Rechts wie Links zu hören. Man darf sich nicht auf technische Details versteifen, sondern muss nun etwas machen. Wie auch Bálint Csontos gesagt hat: Energie und Klima liegen nun einmal sehr nahe beisammen. In Paris hat man das 1,5 °C-Ziel unterschrieben und man weiss, dass man bereits auf 1,75 °C zusteuert. Man muss also etwas tun. Der Energieplanungsbericht ist – nochmals – ein erster Schritt.

Peter Riebli (SVP) antwortet Landratskollegin Jansen auf ihre Frage, was es denn bringe, wenn man den Bericht ablehne. Dies zwingt den Regierungsrat zur Erarbeitung eines sauberen Energieplanungsberichts. Es braucht technische Lösungen, ja, aber diese muss nicht der Landrat diskutieren. Für technische Lösungen braucht es eine saubere Faktenbasis, und die fehlt. Es gibt noch einen zweiten Grund, warum die SVP-Fraktion den Bericht ablehnt. Der Redner möchte sich selbst am Morgen beim Rasieren noch in die Augen schauen können und nicht sagen müssen, er habe etwas überwiesen, das völlig ungenügend ist und seine Aufgabe nicht erfüllt. Die SVP politisiert mit einer klaren Zielsetzung, und ihr nun zu unterstellen, sie mache in Verzögerungstaktik, weil man eh gegen den Klimaschutz sei, geht nicht an. Die SVP hat die Energieplanung seit Jahren auf der Traktandenliste. Seit Jahren diskutiert die SVP genau das, was jetzt endlich in der brei-

ten Bevölkerung angekommen ist. Damals habe man Frau Leuthard gesagt, ihre 40 Franken, die es jede Familie kostet, seien «völlig neben den Schuhen». Inzwischen ist sogar das Bundesamt für Energie bei CHF 360. Und das wird noch weitergehen. Man verlangt vom Regierungsrat eine saubere Faktenbasis, anhand welcher gezielte Massnahmen ergriffen werden können, damit die Energieversorgung im Kanton Basel-Landschaft gesichert werden kann. Das gehört in einen Energieplanungsbericht. Der vorliegende Bericht erfüllt nicht die minimalsten Voraussetzungen, um faktenbezogene Massnahmen ergreifen zu können.

Andrea Heger (EVP) fühlt sich von Peter Riebli herausgefordert. Es geht um eine Kenntnisnahme, nicht um eine Überweisung. Bei einer Kenntnisnahme handelt es sich meist um ein politisches Statement zu einer bestimmten Angelegenheit. Es wurde schon stundenlang über den EuroAirport (EAP) geredet und der entsprechende Fluglärmbericht nicht zur Kenntnis genommen, im Sinne eines politischen Statements. Wenn nun die SVP den Energieplanungsbericht nicht zur Kenntnis nehmen will, folgert die Rednerin, so ist dies ein Statement, dass die Fraktion diesen nicht sehen oder lesen will. Sie kann ihn aber auch ablehnend zur Kenntnis nehmen, weil er ihr nicht passt. Jedoch geht es nicht darum, etwas zu überweisen. Peter Riebli kann sich also nach wie vor in die Augen schauen beim Rasieren, auch wenn er zur Kenntnis nimmt, was im Bericht steht.

Ronja Jansen (SP) stimmt ihrer Vorrednerin zu, man müsse sich sicher keine Sorge um den eigenen Seelenfrieden machen, wenn man dem Bericht zustimme, auch wenn dieser nicht alles abdecke, was erwartet wurde. Präzisierend hält die Rednerin fest, der SVP unterstelle sie nicht, dass sie per se gegen den Klimaschutz sei, sondern viel eher, dass sie Vertreterin der Öllobby und der mächtigen Energiekonzerne sei.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) schickt voraus, dass es dem Regierungsrat klar war, dass er keinen Bericht liefern könne, der alle glücklich mache – und auch nicht einen, der alles abschliessend abhandle. Die Thematik und die laufenden Diskussionen sind bekannt. Seit Februar 2022 ist nicht nur die CO₂-Problematik im Mittelpunkt sondern auch die Abhängigkeit von den wichtigsten Energieträgern. Dem Energiebericht konnte u.a. auch Peter Riebli entnehmen, wovon man im Wesentlichen abhängig ist. Dies wurde seit dem Februar 2022 noch viel dringlicher und vor allem kritischer.

Der Bericht stammt von vor Februar 2022. Er würde anders ausschauen, wäre er danach verfasst worden. Eine Gretchenfrage ist letztlich: Will man nur einen Bericht oder auch handeln? Seit Februar 2022 wurde das Handeln noch dringlicher – und nicht das Berichten.

Ein Bericht kann nie vollständig sein, auch Bilanzen nicht. Wie stellt man sich vor, dass vollständige Bilanzen gemacht werden können? Betreffend Energie und Energieversorgung befindet man sich regional und national, ja auch international, in einem offenen System. Hier gibt es keine abschliessenden Bilanzen. Und schon gar nicht kann der Baselpolier Regierungsrat für all die offenen Systeme und die verschiedenen Personen, die an den Hebeln sitzen, verantwortlich zeichnen oder gar Garantien abgeben. Das Energiethema ist viel zu breit und auch im Fluss, daher wird nie ein abschliessender Bericht verfasst werden können. Daher hat der Gesetzgeber, also der Landrat, 2016 bestimmt, dass periodisch berichtet werden soll. Nun wurde vor dem Februar berichtet, und dem Regierungsrat ist klar, dass sich die Welt seither nochmals ein bisschen verändert hat. Energie ist nicht Klima aber ein wesentlicher Teil der Klimathematik. Robert Vogt hat die Häufigkeit des Wortes Klima gezählt. Der Zusammenhang ist offensichtlich.

Ein weiteres Mal ist darauf hinzuweisen, dass der Einfluss der kantonalen Ebene beschränkt ist. Auch die E-Mobilität könnte einbezogen werden, sie ist aber grundsätzlich nicht im Kompetenzbereich des Kantons. Der Regierungsrat Basel-Landschaft beschränkt sich in erster Linie auf Themen, bei denen er Einfluss nehmen kann und wo auch das Parlament sagen kann, wo man einen Schritt vorwärts machen und konkret handeln will.

Der Regierungsrat hat nicht nur den Auftrag zu berichten, sondern auch Massnahmen vorzuschlagen, wenn daraus hervorgeht, dass die Wirksamkeit der vorhandenen Massnahmen nicht ausreicht. Und dies ist zu einem grossen Teil der Fall. Das Energiegesetz wurde 2016 totalrevidiert und es wurden Massnahmen der MuKE 2014 aufgenommen. Die MuKE sind Massnahmen / Vorschriften, über welche die Kantone übereingekommen waren, dass sie im Energiebereich sinnvoll wären. Ins totalrevidierte Energiegesetz wurden einzelne MuKE aufgenommen, aber nicht alle. Sechs Jahre später ist es durchaus vertretbar, den einen oder andern Vorschlag – zum Beispiel erneuerbare Heizsysteme bei Neubauten – aufzunehmen. Heute darf man verlangen, dass eine zeitgemässe Heizung installiert wird. Diese wird ja für die nächsten 20 oder 30 Jahre installiert, es soll eine zukunftsfähige Technik sein. Nicht gutzuheissende Vorschläge wie der Ersatz von nicht erneuerbaren Heizsystemen bis in fünf Jahren, auch wenn sie eben erst installiert wurden, finden sich nicht in den Vorschlägen des Regierungsrats. Der Regierungsrat macht pragmatische, vernünftige Vorschläge. Diese stammen aus dem Jahr 2014. Wenn jemand etwas Revolutionäres darin sieht – so ist zu sagen, eine Revolution sieht anders aus. Es ist also nichts Neues. Tatsächlich holt der Kanton BL nach, was in den MuKE 2014 einmal definiert worden ist.

Das Baselbiet steht zudem nicht alleine mit Massnahmen da. Für erneuerbare Heizsysteme hat sich z. B. auch die Landsgemeinde Glarus im letzten Jahr ausgesprochen. Im Kanton Glarus gilt dies bereits, was auch vernünftig ist. Man wollte etwas Zukunftsfähiges machen. Und der Kanton Glarus ist als Innerschweizer Kanton sicher nicht ein Hort der Radikalität. Obwohl aus Glarus ab und zu fortschrittliche Ideen kommen, von welchen sich die Schweiz durchaus eine Scheibe abschneiden könnte. Dasselbe Anliegen nahm auch die Bevölkerung des Kantons Zürich in einem Plebiszit an: Heizen mit erneuerbaren Energien. Es gilt auch bereits in anderen Kantonen. Man hat nichts Verrücktes vorgeschlagen und ist der Überzeugung, dass gehandelt werden muss. Isaac Rebers Amtskollege aus dem Kanton Luzern (FDP) wurde von fast sämtlichen Parteien des Luzerner Parlaments aufgefordert, genau dieses Anliegen zu einzubringen: Erneuerbare Heizsysteme für Neubauten. Die Vorlage legt nichts Unverhältnismässiges vor. Auch ist es durchaus vertretbar, dass bei Neubauten standardmässig ein Anteil Photovoltaik dort, wo es technisch möglich ist, verlangt wird..

Folgendes Grundprinzip gilt: Bei Neubauten wird verlangt, dass etwas Zukunftsfähiges gebaut wird. Beim Bestand wird nicht mit Vorschriften gearbeitet sondern mit Förderung und Anreizen. Zu Anfang erhielt man für den Massnahmenkatalog und zum Bericht relativ pauschale Kritik. Diese mag zum Teil berechtigt sein. Der Regierungsrat hat nie gesagt, der Bericht sei vollständig und er akzeptiert auch diese Kritik. Er ist auch bereit, hier und da noch etwas Zusätzliches zu liefern. Umso mehr freut sich Regierungsrat Isaac Reber darüber, dass nach abgeschlossener Vernehmlassung festgestellt werden kann, dass von allen Parteien sehr differenziert argumentiert wurde. Dafür sei allen Beteiligten gedankt.

Kleines Mea Culpa: Möglicherweise ging es dem einen oder der anderen etwas zu schnell, und es wurde erwartet, dass man zuerst einmal einen Bericht bringt. Und dann diesen erst diskutiert, vielleicht nachberichtet oder gar einen Nachbericht des Nachberichts hinzufügt, um erst dann mit den Massnahmen zu kommen. Der Regierungsrat hat sich aber entschieden, den Bericht – gemäss Gesetzesauftrag – zu liefern und parallel dazu vorzuschlagen, was nach heutigem Stand gemacht werden müsste, damit das Energiegesetz BL weiterhin à jour bleibt. Der Regierungsrat entschuldigt sich dafür. Aber es ist immer noch besser, der Regierungsrat ist zu schnell als zu langsam. Auch ist der Regierungsrat der Ansicht, dass Handeln weiter führt als ellenlanges Diskutieren, oder indem der 100. Studie auch noch eine 101. Studie nachgeschoben wird. Der Regierungsrat sollte als Exekutive auch ein Stück weit handlungsorientiert sein. Im letzten Jahr haben alle Regierungen der Nordwestschweizer Kantone zusammen eine Charta unterschrieben, bei der es um das Klima geht, aber auch ganz explizit um Energie, um CO₂. Darin wurde angekündigt, dass man ambitioniert handeln möchte, und das war kein leeres Versprechen. Dahinter steht die konkrete Absicht,

pragmatisch und angemessen zu handeln.

In Bezug auf die Klimainitiative hat der Regierungsrat nicht die Zielsetzungen als solche für falsch gehalten, sondern klar Stellung genommen und gesagt, dass es die Initiative nicht brauche, weil die entsprechenden Instrumente bereits vorhanden seien. Auch dies waren nicht leere Worte. Es gibt Instrumente, und man kann handeln – man könnte noch viel weitergehender handeln. Das Handeln wird nun eingelöst.

Die Direktion ist bereit, weitere Zahlen zu liefern und Grundlagen bereitzustellen. Man wird aber damit nicht an ein Ende kommen. Die ganze Welt zerbricht sich aktuell den Kopf darüber. Die Probleme sind noch längst nicht alle gelöst. Gewisse Fragen kann man eventuell mit Studien, Daten und Zahlen klären, ob sie aber am Schluss politische Akzeptanz finden, ist eine ganz andere Frage. Mit anderen Worten nützt es unter Umständen nichts, die zahlenmässige Gewissheit zu haben, wenn etwas politisch nicht umsetzbar ist.

Das Gefühl, dass man in den nächsten sechs Monaten alles klären muss zum Thema Energiesystem der Zukunft und zum Thema Energieversorgungssicherheit, ist vorhanden und eine ernsthafte Thematik. Aber es gilt pragmatisch festzuhalten, dass dies nicht in den nächsten zehn Monaten möglich ist, sondern dafür braucht es die nächsten 20 Jahre. Auch wurde der Regierungsrat schon kritisiert, weil er gesagt hat, 2050 sei sportlich genug. Die eine Seite findet 2050 sportlich genug, die andere findet dies viel zu spät. Fakt ist, dass wir in 25 Jahren das Jahr 2050 schreiben. Die Probleme können also nicht in den nächsten sechs Monaten gelöst werden. Wenn sie gelöst werden sollen, muss man handeln und zwar Schritt für Schritt, so dass die Bevölkerung dies nachvollziehen kann. Es soll keine unverhältnismässigen Eingriffe geben. Aber es müssen Schritttchen getan werden. Und mehr als ein paar Schritttchen wurden nicht vorgelegt.

Zum Antrag der FDP, welcher verlangt, dass der Regierungsrat innert sechs Monaten berichten soll, wie – bezogen auf einzelne Energieträger – die Versorgung der Baselbieter Bevölkerung sichergestellt werden kann: Der Regierungsrat ist bereit, den Auftrag entgegenzunehmen, aber er müsste etwas anders formuliert sein. Man müsste eigentlich aufzeigen, wie man die Versorgung nicht sicherstellen kann, nämlich so wie man heute unterwegs ist. Im Energieplanungsbericht findet man die entsprechenden Zahlen. So wie der Kanton heute aufgestellt ist, hat man es überhaupt nicht in der Hand. Die Energieversorgung ist ein offenes System. Bei den wichtigsten Energieträgern im Kanton – die man nicht gleich morgen umbauen will – muss man eigentlich das tun, was diejenigen sagen, welche die Energie liefern. Dies musste man gerade jüngst wieder feststellen. Der Regierungsrat ist gerne bereit, den Auftrag entgegenzunehmen und Zahlen zu liefern. Es darf aber nicht davon ausgegangen werden, dass dies abschliessend sein wird und dass der Kanton BL dies für die gesamte Welt zusammenträgt. Vieles betrifft nicht den Kanton Basel-Landschaft. Der Regierungsrat wäre als erster beim Bau eines Stausees im Baselbiet dabei, denn wer A sagt, muss auch B sagen. Der Bau- und Umweltschutzdirektor war schon immer dafür, dass die Grimselstaumauer aufgestockt wird. Denn die Schweiz braucht Speicherkapazitäten – in angemessenem Mass. Dies ist nicht nur ein Problem der Photovoltaik, sondern auch anderer Energieträger. Es ist einigermaßen belegend, dass heute – genau vor die bestehende Grimselstaumauer – eine neue mit exakt derselben Höhe von 113 Metern aufgestellt wird. Hier hat man ein Stück weit versagt, weil man letztlich nicht konsequent genug war.

Kürzlich wurden Kleinkraftwerke an der Birs und fünf weitere Standorte in die Vernehmlassung gegeben. Schon zum Voraus hiess es, man müsse keine bringen. Die Verwaltung hat sie selbstverständlich trotzdem in die Vernehmlassung gegeben. Es wurde sorgfältig geprüft und es wurden diejenigen Standorte, die nur zu Lasten der Umwelt gegangen wären, herausgestrichen. Aber die umgekehrte Sicht, einfach auf Vorschläge dieser Art zu verzichten, geht nicht. Vorweg gibt der Regierungsrat bekannt, dass er sich für die Standorte im Richtplan einsetzen werde. Und Folgendes zur Beruhigung der Kritiker: Ein Eintrag im Richtplan heisst, es ist ein potenziell möglicher Standort, die Machbarkeit muss im Rahmen des konkreten Projekts geprüft werden. Andererseits

muss gesagt werden, wenn jemand glaubt mit den fünf Kleinkraftwerken würde der Kanton BL autark, dann ist dies ein absoluter Irrglaube. Es darf aber nicht nur auf eine Technik gesetzt werden, sondern es gilt, offen zu sein und sich der Herausforderung zu stellen – und diese ist riesig. Man wird die Zahlen zur Versorgungssicherheit im Baselbiet liefern, versichert Isaac Reber. Es wird dazu aber ein paar Gretchenfragen geben. Unter den heutigen Umständen würde – als Massnahme – ein Stromabkommen der Schweiz am meisten Versorgungssicherheit für das Baselbiet bringen. Das würde Isaac Reber besser schlafen lassen. Denn dies ist ein sehr wichtiger Pfeiler für die Versorgungssicherheit. Zu glauben, dass man innert nützlicher Frist autark sein wird, ist eine Illusion. Ein Stromabkommen würde helfen. Oder dass man konsequenter wird und wirklich Speicherkapazitäten auf- und ausbaut. Die letzte Gretchenfrage: Wenn man, nicht zuletzt angesichts der Geschehnisse der jüngsten Zeit, die Versorgungssicherheit genauer unter die Lupe nimmt, so müsste man entschiedener, konsequenter und stärker handeln. Der Regierungsrat ist gespannt, ob die Bereitschaft dafür auch vorhanden ist oder ob nur der Bericht dazu verlangt wird. Oder vielleicht müsste man auch wieder einmal mutiger werden. Im Untergrund hat es Wärme bis zum Abwinken, das wissen alle. Aber es fehlt der Mut, sich daran zu wagen. Es gab einmal ein Experiment, welches bedauerlicherweise abgebrochen wurde. Das war falsch. Es war richtig zu stoppen und zu prüfen, was nicht gut gelaufen ist und wie es dazu kommen konnte, dass die Erde bebte. So etwas darf nicht ungewollt ausgelöst werden. Aber Energie wäre vorhanden, und es braucht Mut, sich wieder an das Thema heranzuwagen. Das wäre Bandenergie. Denn das Handicap der einen oder anderen Energie ist, dass sie periodisch anfällt und nicht immer zur gewünschten Zeit. Das Problem kann man entweder mit Speichern lösen – bei den entsprechenden Technologien – was nicht ganz einfach aber machbar ist. Oder man kann es mit Bandenergie lösen. Der Regierungsrat hofft, dass der Zusatzauftrag der FDP ernsthaft gemeint ist – und sollte daraus hervorgehen, dass man viel mehr machen müsste, auch die Bereitschaft vorhanden ist, einen Schritt weiter zu gehen.

Der Regierungsrat bedankt sich für die kritische Würdigung des Berichts zu einem umstrittenen Thema. Kann man auf diesem Gebiet den einen oder anderen Schritt vorwärts machen, so ist man richtig unterwegs. Wenn man stehenbleibt, nicht. Und es ist so sicher wie das Amen in der Kirche, dass diejenigen, die stehenbleiben, bestraft werden. Das will der Kanton nicht. Daher hofft der Regierungsrat auf Support, wenn es darum geht, konkrete nächste Schritte zu tun, was voraussichtlich im kommenden Herbst der Fall sein wird.

://: Eintreten ist unbestritten.

– *Detailberatung Landratsbeschluss*

Titel und Ingress

Keine Wortmeldungen

Ziffer 1

Keine Wortmeldungen

Ziffer 2

Andreas Dürr (FDP) stellt den bereits erwähnten Antrag der FDP-Fraktion um Aufnahme einer neuen Beschlussziffer 2. Regierungsrat Isaac Reber hat es bereits ausgeführt. Der Fokus ist klar. Es geht nicht nur um den Energieumbau, sondern es muss geschaut werden, in welchem Rahmen und mit welchen Möglichkeiten ein solcher machbar ist, ohne die Energieversorgung des Kantons

Basel-Landschaft zu gefährden. Der Energieplanungsbericht soll um diese zentrale Frage ergänzt werden:

2. Der Regierungsrat zeigt mit einer Ergänzung des Energieplanungsberichts innert 6 Monaten auf, wie die kurz- bis langfristige Versorgung des Kantons Baselland, seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft bezogen auf die einzelnen Energieträger sichergestellt wird.

Roman Brunner (SP) sagt, die SP-Fraktion unterstütze diesen Antrag. Der Zusatzbericht stellt eine Ergänzung des Energieplanungsberichts dar. Es soll nicht dazu führen, dass die beschriebenen Massnahmen verzögert werden.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, auch die Grüne/EVP-Fraktion unterstütze diesen Antrag mehrheitlich.

://: Die neue Beschlussziffer 2 wird mit 85:0 Stimmen aufgenommen. Die restlichen Ziffern verschieben sich.

Ziffer 3–7

Keine Wortmeldungen

– *Rückkommen*

Peter Riebli (SVP) möchte auf Beschlussziffer 1 zurückkommen. Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, den Energieplanungsbericht 2022 *ablehnend* zur Kenntnis zu nehmen.

Stephan Ackermann (Grüne) wendet ein, dass über den Rückkommensantrag abgestimmt werden müsse.

://: Der Landrat stimmt mit 53:27 Stimmen bei 4 Enthaltungen dem Rückkommensantrag zu.

://: Der Änderungsantrag der SVP zu Ziffer 1 wird mit 60:20 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

– *Schlussabstimmung Landratsbeschluss*

://: Mit 65:18 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem modifizierten Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss betreffend Energieplanungsbericht 2022

vom 19. Mai 2022

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

- 1. Der «Energieplanungsbericht 2022» wird zur Kenntnis genommen.*
- 2. Der Regierungsrat zeigt mit einer Ergänzung des Energieplanungsberichts innert 6 Monaten auf, wie die kurz- bis langfristige Versorgung des Kantons Baselland, seiner Bevölkerung und seiner Wirtschaft bezogen auf die einzelnen Energieträger sichergestellt wird.*
- 3. Das Postulat [2018/829](#) «Klärung der Rolle von Erdgas/Biogas im kantonalen Energiemix» wird abgeschrieben.*

4. Das Postulat [2019/211](#) «Betriebsoptimierungen im Gebäudebereich gesetzlich verankern» wird *abgeschrieben*.
 5. Das Postulat [2019/212](#) «Eigenstromerzeugung bei Neubauten gesetzlich verankern» wird *nicht abgeschrieben*.
 6. Das Postulat [2019/814](#) «Strategie zur Nutzung der Solarenergie im Baselbiet» wird *nicht abgeschrieben*.
 7. Das Postulat [2020/35](#) «Förderung von E-Parkplätzen für Mieterinnen und Mieter» wird *nicht abgeschrieben*.
-